

FDJler sollen in Kasernen

Pfingsten 1955: Wiedersehen bei der Armeegruppe Nord der KVP?

Das diesjährige Pfingsttreffen der FDJ ist die dritte derartige Veranstaltung in Ostberlin. Eine einfache Umfrage unter den Teilnehmern wird jedoch zeigen: die wenigsten der Demonstranten vom Pfingsttreffen 1950 und dem Weltjugendtreffen 1951 sind diesmal dabei. Sehr viele von ihnen hat man längst zur Kasernierten Volkspolizei geholt...

FDJler, die Gelegenheit hatten, zur KVP eingezogene Freunde später noch einmal zu sprechen, konnten es sich bestätigen lassen: Die jeweiligen FDJ-Festivals und ihre Teilnehmerlisten waren die Rekrutierungsbasis für die Hauptverwaltungen der sowjetzonalen Armeeteile. Überall, wo KVP-Werber in volkseigenen Betrieben und an Oberschulen auftauchten, reichten ihnen die Jugendsekretäre zuerst die Listen der wehrfähigen Festteilnehmer.

FDJler, aufgepaßt!

1954 will die KVP ihre Armeegruppen um insgesamt 70 000 Mann verstärken! Aber die „Freiwilligen“-Werbung, der sich viele entziehen konnten, ergab bisher nicht mehr als rund 8000 Mann. Alle ihre Hoffnungen setzen die Werber darum auf das Pfingsttreffen der FDJ. Die Methoden, die sie anwenden, sind bekannt, die meisten Jugendlichen gewarnt.

Was aber niemand verhindern kann, ist die Übergabe der Teilnehmerkarten an die Bezirksrekrutierungskommissionen der KVP!

Nach Westberlin geflüchtete Volkspolizisten erklären: „Die beste Warnung vor den Werbepostern ist ein Bekanntwerden der Zustände in den Kasernen der KVP!“ Tatsächlich hat noch keine SED-Zeitung jemals einen Bericht über das Leben in den Kasernen gebracht. Das ist sehr verdächtig.

Das einzige und letzte schöne Bild gibt es bei der Anwerbung: Der KVP-Offizier drückt dem „Freiwilligen“ die Hand, Jugend- und Parteisekretär halten eine forschende Rede. Dann kommen der Persil-Karton und die Kaserne! Die KVP ist neben der Sowjetarmee heute die militaristischste Formation in Europa. Ihre Ausbildungsdirektiven entsprechen denen sibirischer Linienregimenter. Das einzige, was noch fehlt, ist der rasierte Kopf sowjetischer Rekruten.

Der KVP-Soldat hat 16 Stunden täglich Dienst. Vormittags Wecken, Frühsport, Exerzieren, Politunterricht. 20 Minuten Mittagspause. Nachmittags Exerzieren, Schießausbildung, Politunterricht. Nach dem Abendbrot sofort Zeitungsstudium, „kulturelle Massenarbeit“ und SED-Zirkelstudium, meist bis zum Zapfenstreich. Ausgang gibt es selten. Die Politoffiziere sorgen dafür, daß der Soldat so wenig wie möglich Kontakt mit der Bevölkerung bekommt.

Wollte ein FDJ-Sekretär auf den Jugendabenden acht Abende hintereinander ein und dasselbe Kapitel der Geschichte der

KPdsU in monotonem Singsang vortragen, ginge am zweiten Abend niemand mehr hin. In den Kasernen aber kann man sich nicht drücken. Und es gibt keine Ablenkung! Es ist verboten, eigene Rundfunkgeräte zu besitzen, der UvD stellt den Kompanie-Lautsprecher an, der nicht abgestellt werden kann.

Es geht um die eigene Haut!

Die diesjährigen Pfingsttreffen-Teilnehmer sind dazu vorgesehen, die KVP-Rekrutierungslücken zu schließen! Neben den beiden Armeegruppen Nord und Süd von zusammen etwa 130 000 Mann will die KVP eine dritte Gruppe bilden, zu der sie bis heute nur die Führerkader besitzt. Was jetzt gewonnen wird, soll Infanterist werden. Alle Erzählungen von angeblich möglicher „rascher Beförderung“ und „interessanten Waffengattungen“ ist Betrug!

Seepolizei und Luftwaffe lassen ihren Nachwuchs weitgehend in Polen und der Sowjetunion ausbilden. Jetzt werden Dumme gesucht, mit denen die KVP die neuen Kasernen füllen will!

Die Jungen, die dazu ausersehen sind, wissen alle, um was es geht. Es geht um die eigene Haut! Sie wissen: Wer den Verpflichtungsschein unterschreibt, kommt in die Kaserne. Wie kann man sich davor schützen?

Indem man die Diffamierungen in der FDJ-Gruppe in Kauf nimmt und trotz aller Schikanen auf dem gesetzlich verbotenen Recht besteht, das eine Unterbrechung der Berufs- und Schulbildung verbietet! Jeder kann ohne weiteres behaupten, er wolle sich erst noch anderweitig beruflich qualifizieren. Man kann die Werber mit ihren eigenen Argumenten schlagen. Denn offiziell ist die Unterschrift unter die Dienstverpflichtung immer noch freiwillig. Das kann kein Werber ableugnen. Es ist gewiß nicht leicht, sich zu wehren, aber je mehr so auftreten — natürlich ganz ruhig und gelassen —, desto leichter setzen sie sich durch.

Falsche Alternativen

WG. Zu den unauslöschlichen Merkmalen der kommunistischen Diktatoren gehört es, daß sie selbst in den krasssten Fällen politischer Unsittlichkeit keine Scham empfinden. Was sie auch immer unternehmen: alle Mittel sind durch den Zweck gerechtfertigt, auch wenn das Ergebnis nur ein Triumph des Terrors ist. Wir werden das wieder einmal erleben, wenn in einigen Wochen die von den Machthabern der Zone befohlene Volksabstimmung über die Frage „Friedensvertrag oder EVG“ nach bekannten Methoden durchgeführt wird. Weder ist das eine echte Volksabstimmung, — denn sie unterliegt dem doppelten Druck der Gewalt und der Furcht, und ihr Ergebnis ist deshalb bis zu kleinsten Prozentziffern schon heute bekannt — noch enthält die ihr gestellte Frage eine echte Alternative. Die Deutschen der Zone fordern einen Friedensvertrag und Sicherheit durch eine umfassende Verteidigungsorganisation, für deren Verwirklichung die EVG nur eine der möglichen Formen ist. Sie haben nämlich in den Jahren einer wachsenden Überfremdung und Unterdrückung eines vor allem gelernt: daß man selbst Stärke haben muß, wenn man der Gewalt anderer entgegen will.

Im übrigen fällt die Entscheidung über die EVG nicht in Pankow und nicht auf der Bühne volkdemokratischen Theaters, sondern in Paris. In diesen Tagen waren genau zwei Jahre vergangen, seit die Verträge von Bonn und Paris, deren Kernstück eben die EVG ist, unterzeichnet worden sind. Man hat seitdem den schlechtesten aller politischen Wege eingeschlagen: man hat nichts getan und in Paris die Verträge sogar in der Fiebertemperatur nationaler Ressentiments verrotten lassen.

Diese zwei Jahre westlicher Unentschlossenheit haben für Moskau gearbeitet. Ein einziger Blick auf die Genfer Konferenz und dazu die Erinnerung an ihre Berliner Vorgängerin bestätigen das. Kommunistische Diktatoren

sind nicht so gebaut, daß sie ein tragbares Kompromiß anbieten, wenn die Kraft, die sie allenfalls zu ihm bewegen könnte, von ihren Verhandlungspartnern selbst vertan und zerredet wird.

Man muß heute rückblickend sagen, daß im Jahre 1945 neben vielen anderen Fehlern auch der begangen worden ist, Frankreich als vierten Partner in die Dreiergruppe der großen Weltmächte aufzunehmen, obgleich es mehr der Ohnmacht als der Großmacht nahe war. Wir wissen wahrhaftig die Umstände zu würdigen, die zu der „Entmachtung“ Frankreichs geführt haben. Hitler, der nationalsozialistische Totengräber Europas, hat an ihnen einen entscheidenden Anteil, obwohl er in diesem Falle ebenso enthüllte wie zerstörte. Frankreich war der außerordentlichen politischen Last, die es als Partner der Weltmächte übernahm, einfach nicht gewachsen. Macht — mit allen moralischen und sachlichen Tatsachen, die dieses Wort einschließt — hat man oder hat man nicht. Ruhm der Vergangenheit ist kein Ersatz.

Wir sagen das nicht aus bösem Gefühl, sondern im Sinne eines geschichtlichen Realismus, ohne den es keine erfolgreiche Politik gibt. Selbst einsichtige Franzosen bedauern es heute, daß Frankreich — von dem Ehrgeiz de Gaulles getrieben — sich 1945 mit völlig unzureichenden Mitteln auf die höchste Ebene der Weltpolitik begab und dann auch in dem sich anbahnenden indochinesischen Konflikt statt der Verständigung „großmächtige“ Entscheidungen suchte. Sie sähen es heute lieber, wenn Frankreich damals unterhalb dieser Ebene und zwischen den großen Machtblöcken das aktive Zentrum einer Gemeinschaft der damals in Europa Machtlosen geworden wäre, um mit ihnen gemeinsam wieder stark zu werden.

Die Folgen für Deutschland

Es waren zwei britische Blätter, die diesem Zustand soeben mit dem Blick auf Deutschland eine ernste Betrachtung widmeten. Die „Times“ wandte sich an Frankreich mit der Sorge, daß das Zögern dieses Landes auf Deutschland übergreifen könnte; das Blatt fordert deshalb von Frankreich einen „Akt des Glau-

bens“ an Europa. Auf die Gefahr einer deutschen Umorientierung im Falle einer weiteren Hinauszögerung der EVG wies ferner „News Chronicle“ hin. Vor einigen Jahren, so meinte das Blatt, seien die Deutschen von dem europäischen Ideal beseelet gewesen. „Sie haben es noch nicht aufgegeben, aber sie neigen mehr und mehr zu dieser Resignation. Das ist der Preis für das Verzögern der EVG.“ In diesen Prognosen spielt dann die Befürchtung einer deutschen „Schaukelpolitik“ zwischen Ost und West eine Rolle.

Richtig hieran ist, daß Frankreich heute die Entscheidung über den Erfolg oder das Scheitern der europäischen Politik in seiner Hand hält. Richtig ist auch das andere, daß Deutschland unmöglich ins Uferlose auf die Wiederherstellung seiner Einheit, seiner Unabhängigkeit, seiner Gleichberechtigung, seiner Sicherheit, sowie auf den Abschluß eines Friedensvertrages warten kann. Wenn wir auf dem Wege, den wir bisher geduldig gegangen sind, tatsächlich nicht weiterkommen sollten, dann wird selbstverständlich die deutsche Politik überlegen müssen, welche anderen Wege und welche besseren Methoden es gibt.

Moskau keine deutsche Alternative

Unbegründet aber ist in jenen englischen Betrachtungen die Sorge um eine deutsche Schaukelpolitik zwischen Ost und West. Wir wissen, wohin wir gehören, und wir bleiben, wo wir sind. Moskau ist für uns ein politisch-geographisches Faktum, mit dem wir uns nach dem Gebot deutscher Interessen auseinandersetzen müssen, und das wird zu gegebener Zeit auch auf diplomatischer Ebene geschehen. Aber Moskau ist für uns keine Alternative, weil Hörigkeit unmöglich eine deutsche Alternative sein kann. Aber ebensowenig kann im Falle eines Scheiterns der EVG die einfache Fortdauer des heutigen Schwebezustandes eine Alternative der deutschen Politik sein. Es wird dann — völlig abseits eines Verdachtes ost-westlicher Schaukelei — genügend Wege und Mittel geben, um die deutschen Interessen mit dem gebotenen Nachdruck zur Geltung zu bringen.

Ohne Legitimation

Berlin (Eigenmeldung). In ihren Berichten über das sogenannte „Treffen europäischer Jugend gegen die EVG“ in Ostberlin haben die sowjetisch lizenzierten Zeitungen lange Abschnitte aus der Rede eines angeblichen „Beauftragten der französischen katholischen Jugend“, Jacques Vitoux, zitiert. Das Sekretariat der französischen „Unabhängigen christlichen Jugend“ erklärt hierzu, Vitoux sei nicht berechtigt, sich als Angehöriger irgendeiner katholischen Bewegung auszugeben. Vitoux habe vor der Ostberliner Tagung den Generalsekretär der „Association Catholique de la Jeunesse Française“, einer Dachorganisation katholischer Jugendverbände, aufgesucht, der es ihm untersagte, im Namen eines der angeschlossenen Verbände bei der kommunistischen Veranstaltung aufzutreten.

Politik, die Vertrauen schafft

Eindrucksvoller Parteitag der CDU in Köln

Köln (Eigenbericht). Mit einer großen öffentlichen Kundgebung schloß am vergangenen Sonntag der 5. Bundesparteitag der CDU in Köln. Mit 1700 Delegierten war er der bisher größte Parteitag. Er zeigte, daß die Partei einmütig hinter Bundeskanzler Dr. Adenauer steht, dessen Politik die Delegierten erneut ihr Vertrauen aussprachen. Dr. Adenauer wurde als erster Vorsitzender, Bundestagspräsident Ehlers und Bundesminister Jakob Kaiser als gleichberechtigte Stellvertreter einstimmig bestätigt.

Auf der Abschlußkundgebung erklärte Dr. Adenauer:

Die Wiedervereinigung werde kommen, wenn Moskau die Zwecklosigkeit der Fortführung des Kalten Krieges in Europa einsieht. In diesem Zusammenhang sprach er von den 68 Millionen Deutschen und betonte unter starkem Beifall: „Ich rechne die 18 Millionen jenseits des Eisernen Vorhangs hinzu.“

In der großen außenpolitischen Diskussion des Parteitages zeigte sich, wie ernst um alle Fragen der deutschen Einheit und des europäischen Zusammenschlusses gerungen wird. Der Bundes-

tagsabgeordnete Dr. Gerstenmaier stellte für die Grundorientierung die „Rangordnung“ auf: Freiheit — Friede — Einheit. Dr. Friedensburg formulierte dagegen: „Einheit in Freiheit.“ Eine Wiedervereinigung Deutschlands sei nur unter Sicherung der Freiheit möglich, stellte der Parteitag fest. Diese Einheit in Freiheit müsse unter allen Umständen mit friedlichen Mitteln erreicht werden, so daß die Forderungen nach Freiheit, Frieden und Einheit sich gegenseitig bedingen, d. h. eins ist ohne das andere nicht möglich.

In seiner Rede stellte Bundeskanzler Dr. Adenauer die Stabilität seiner Partei- und Regierungspolitik in den Vordergrund, die das Vertrauen im In- und Auslande bewirke. Wenn die Bundesrepublik auch das internationale politische Geschehen beeinflussen könne, so beruhe das nicht zuletzt auf der Tatsache, daß zwei Drittel des Volkes hinter der Außenpolitik der Regierung ständen.

Zu den Bestrebungen des FDP-Bundestagsabgeordneten Pfeleiderer, nach Moskau zu reisen, die in letzter Zeit Aufsehen erregt hatten, sagte der Bundeskanzler unter starkem Beifall: „Ich finde es unverantwortlich, wenn Deutsche mit Karlsruher Gefühl aufnehmen.“ Nicht durch Reisen einzelner Parlamentarier, sondern auf ordentlichem diplomatischem Wege müßten zu gegebener Zeit Beziehungen mit dem Osten aufgenommen werden.

Das Schlußreferat des Parteitages hielt Bundesminister Jakob Kaiser. „Je vollkommener wir die Bundesrepublik als sozialen und wirtschaftlich fundierten Rechtsstaat ausbauen, desto stärker können auch die 18 Millionen in der Sowjetzone ihre Hoffnung auf die Bundesrepublik richten“, erklärte er.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

- Schrön, Erhard, etwa 27 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Mosbach Kr. Eisenach, Mitglied der SED u. FDJ, FDJ-Funktionär.
- Schroter, Dresden, Betriebsleiter Hauptpostamt 7 u. Bahnpostamt 20.
- Sende, Max, etwa 50 Jahre alt, wohnhaft in Bautzen/Sa., Große Brüdergasse, Mitglied d. SED und versch. Massenorganisationen, SED-Funktionär, zuletzt tätig i. d. Poliklinik.
- Strehlke, Anni, etwa 40 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Seebad Ahlbeck Kr. Usedom, Ritterstraße, zuletzt tätig gewesen als Kinokassiererin u. Aufwartung.
- Thieme, Otto, etwa 32 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Genthin, Magdeburger Str., Mitglied d. SED, tätig gewesen als Neulehrer, danach bei der Kripo u. später bei den Persil-Werken.
- Welte, Elli, etwa 33 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Cosel Kr. Bautzen, tätig gewesen im Fernsprechdienst.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Deutschland motorisiert sich

Das Auto ist kein Luxus mehr — Steigende Fahrzeugzahl

Von Jahr zu Jahr fahren mehr Menschen in der Bundesrepublik und in Westberlin ein Auto oder ein Motorrad. Die Kraftfahrzeugproduktion steigt ständig. 1936 waren im Gebiet der Bundesrepublik rund 530 000 Automobile und fast ebenso viele Motorräder zugelassen, 1933 waren es mehr als eine Million, davon sind mehr als die Hälfte Fahrzeuge, die erst nach Kriegsende produziert wurden. Hinzu kommen noch weit über eine Million Motorräder. In der sowjetischen Besatzungszone dagegen ist die Zahl der umlaufenden Kraftfahrzeuge, verglichen mit 1936, um weit über die Hälfte gesunken.

Wer fährt in der Bundesrepublik und in Westberlin diese Fahrzeuge? Nicht nur der Staat oder der Staatsbetrieb. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte, der einigermaßen gut verdient, leistet sich wieder ein Auto oder ein Motorrad.

Motorräder für alle

Natürlich sind die Jugendlichen vor allem für die Motorräder und Motorroller eingenommen. Hinterradfederung, vorne Teleskopgabel und ein robuster Motor kennzeichnen fast alle Modelle. 1000 DM kostet eine kleine 125er-Maschine, etwa 2000 DM ein 250-ccm-Motorrad und die schweren „Brocken“ natürlich etwas mehr. Der Preis kann in 18 oder 12 Monatsraten entrichtet werden. Der Benzinverbrauch der Modelle liegt zwischen 2 und 5 Liter für 100 Kilometer.

Motorroller für Anspruchsvolle

„Große Mode“ sind in der Bundesrepublik und auch in Berlin die Motorroller geworden. Da bauen z. B. die Zündapp-Werke einen Roller „Bella“ mit einem 175-ccm-Motor, mit dem man schon eine große Ferienreise unternehmen kann. Vollverkleidet ist der Roller, auch der Motor ist verschalt und trotzdem kann man mit dem Roller genau so „froh“ wie mit jedem Motorrad fahren.

Für Fahrrad-Freunde

Breiteste Bevölkerungskreise interessieren sich vor allem auch für das steuer-, zulassungs- und führerscheinfreie Moped, also für das Fahrrad mit angebaute Hilsmotor. Wirken diese Konstruktionen in den früheren Jahren noch etwas behelfsmäßig, so gibt es jetzt Modelle, die einen vollkommen

neuen Fahrzeugtyp schaffen.

Überzeugend ist u. a. die „Quickly“ von NSU mit Zentralpreßrahmen, Vorderradfederung und einem robusten 50-ccm-Motor. Genannt seien weiter das neue Heinkel-Moped mit einem Leichtmetallrahmen und das „Wiesel“ von Maico, das sogar über Vorder- und Hinterradfederung verfügt.

Diese kleinen „Motörchen“ kann man auch einzeln kaufen und an das vorhandene Fahr-

260 deutsche Zweirad-Typen

Nach einer Typen-übersicht gibt es in der Bundesrepublik gegenwärtig 260 deutsche Zweirad-Typen; davon 158 Motorräder, 40 Roller, 4 Motorfahräder und 58 Mopeds. Sie werden von 59 Hersteller-Firmen produziert. Folgende Firmen bieten heute ein abgeschlossenes Produktionsprogramm von Moped über den Roller bis zum Motorrad: Bastert, Dürkopp, Kreidler, Maico, NSU, Victoria und Zündapp. Von den bekanntesten und großen Firmen stellen Motorräder her: Adler, BMW, DKW (Auto-Union), Horex und Triumph.

Von Berlin nach Konstanz

Im vergangenen Sommer hat eine Berlinerin eine 3000-km-Ferienreise an der Bodensee per Fahrrad mit eingebautem Hilsmotor gemacht. Es gab keine Panne. Das kennzeichnet die Leistungsfähigkeit dieser winzigen Fahrrad-Motoren, die heute schon zum Straßenbild in der Bundesrepublik und in Westberlin gehören.

Von den vielen Modellen wird eins auch in Berlin produziert: der Amö-Hilsmotor. Der Zweitakter leistet bei einem Kubik-

rad montieren. Solch ein Einbaumotor kostet 250 DM. Leistung annähernd 1 PS. Das reicht für eine Reisegeschwindigkeit von rund 25 km/h. Sinn dieser Entwicklung ist es, auch den letzten Verkehrsteilnehmer zu motorisieren. Über 500 000 dieser Moped-Motoren mit und ohne Fahrrad wurden in den letzten drei Jahren schon verkauft.

Auch die Zahl der hergestellten Motorräder ist aufschlußreich: 1952 waren es 351 000, 1953 über 333 000 Stück. Darüber hinaus wurden 1953 noch 72 000 Motorroller gefertigt. Zu 75 Prozent werden alle diese Fahrzeuge aus Berufsgründen gefahren. Selbst die Hausfrauen beginnen ihre Arbeit zu motorisieren: Mit dem Moped fahren sie zum Einkaufen und am Sonntag geht es damit ins Grüne.

Das Auto und das Motorrad ist in Westdeutschland längst kein Luxusfahrzeug mehr, sondern gehört einfach zum wirtschaftlichen Aufstieg.

inhalt von 48,8 ccm bei 3600 U, min fast 1 PS. Die Handhabung ist einfach: Der einzige Bedienungshebel ist der Gasdrehgriff. Kupplung und Getriebe fehlen. Die maximale Drehzahl beträgt 6000 U/min und schließt so ein „Überdrehen“ des Motors aus.

Turbinen-Autos

Die großen amerikanischen Automobilwerke beschäftigen sich seit Jahren mit dem Problem, die Gasturbine auch als Motor für Automobile nutzbar zu machen. Sie wird das Antriebsaggregat des Personewagens von morgen sein, davon sind die Konstrukteure überzeugt. In den USA sind jetzt die ersten Versuchswagen fertig. Sie laufen über 200 km/h!

Deutsche Lufthansa

Bonn (Eigenmeldung). Die Deutsche Lufthansa will noch im Spätsommer oder Herbst dieses Jahres ihren Betrieb aufnehmen. Im Juli oder August sollen die ersten vier bestellten Maschinen des modernen amerikanischen Typs „Convair 340“ geliefert werden.

Universitäten ohne Professoren

Was haben die mitteldeutschen Hochschulen zu bieten? — Fachschüler statt Studenten

Studenten heißen heute noch die Lernenden der mitteldeutschen Universitäten — und sind doch nur noch Fachschüler. Sie haben es nicht leicht, haben weniger Freizeit als die Studenten westlicher Hochschulen, aber ihr ehrlicher Lernerifer wird betrogen: Die Auswirkungen der sowjetzonalen Hochschulpolitik, die immer spürbarer werden, bedeuten das Ende der Universitas. Nicht mehr als für das Leben gebildete Menschen verlassen die Studenten ihre Hochschule, sondern als im engsten Rahmen ausgebildete Spezialisten. Keinem von ihnen wird mehr die Fülle des Wissens und Lernkönnens aufgeschlossen.

Neun Jahre nach Kriegsende ist es noch nicht gelungen, die durch Überalterung, Tod und Abwanderung entstandenen Lücken in den Lehrkörpern der Universitäten zu schließen.

An der volksdemokratischen Musteruniversität Leipzig sind so wichtige Lehrstühle unbesetzt wie die für Alte Geschichte, Slawistik, Orientalistik, Mineralogie, Botanik, Biologie, Kulturtechnik, Landmaschinenbau, Rechtstheorie, Staats- und Verwaltungsrecht, Strafrecht, Orthopädie und Psychiatrie.

Ähnlich liegen die Dinge in Halle und Jena. In Halle sind Philosophie, Indologie, Romanistik, experimentelle Physik, Pharmazie, Acker- und Pflanzenbau, Tierernährung und Milchwirtschaft vakant; in Jena sind die Lehrstühle für Indogermanistik, Archäologie, Physiologie, Hygiene, organische Chemie und Zoologie nicht ordnungsgemäß besetzt. Die juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle sind wegen der Unmöglichkeit, sie auch nur halbwegs annehmbar zu besetzen, bereits aufgelöst. Für die beiden hochangesehenen Physiker Kersten und Hund, die Jena verließen, ist weit und breit kein Nachfolger zu sehen.

Ulbrichts unsinniger Plan

Ein besonderes Kapitel ist die einzige Technische Hochschule der Zone in Dresden. Hier wurde ein Institut nach dem anderen gebaut. Jährlich investierte man 15 Mill. Ostmark und mehr. Noch häufiger als Richtfeste wurden aber 65., 70. und 75. Geburtstage der Professoren gefeiert. Schon jetzt hat die Technische Hochschule keine Vertreter für theoretische Physik, organische Chemie, Lebensmittel- und Kolloidchemie, Mineralogie, Statik, Kraft-

maschinen, Papiertechnik, Forstvermessung und Forstbotanik. Überaltert sind die Lehrstühle für Elektrotechnik, angewandte Mathematik, Textil- und Farbchemie, Baugeschichte, Fluß- und Seebau, Boden- und Wasserwirtschaft, Erd- und Grundbau, Maschinenkunde, Meßtechnik und Pflanzenchemie.

Alles in allem: rund 65 Prozent der Lehrstühle der einzigen Technischen Hochschule in der Sowjetzone sind unbesetzt oder ihr Personal ist überaltert. Statt wenigstens an dieser zentralen Hochschule Abhilfe zu schaffen, verlangt Ulbricht die Gründung neuer Spezialhochschulen, für die es gar keine Lehrkräfte gibt.

Schmalspur-Professoren

Die etwas trockene Aufzählung des Mangels an Lehrkräften gibt aber noch lange kein Bild des tatsächlichen Zustandes, wenn man ermessen will, welchen wissenschaftlichen Wert die Ausbildung an einer sowjetzonalen Hochschule überhaupt noch haben kann. Die Zahl der Studenten ist viel zu groß, gemessen an der Zahl der qualifizierten Lehrkräfte. Wenn schon viele Lehrstühle unbesetzt sind, dann sind andere, ebenso wichtige völlig unzulänglich, lediglich nach parteipolitischen Gesichtspunkten, ohne Rücksicht auf fachliche Qualifikation besetzt.

Der Berliner „Historiker“ K a m n i t z e r publiziert z. B. historische Quellen, ohne sie je im Original gesehen zu haben. In Leipzig lehren die beiden Parteikarrieristen S t r u c k und M a r t i n Psychologie und Anglistik. Beide haben noch niemals ein wissenschaftliches Buch veröffentlicht, kommen aus dem Schuldienst und sind nicht habilitiert. Herr Martin hat

wohl die OKW-Dolmetscherprüfung, spricht aber schlechtes Englisch, hat schwere Lücken im Mittel- und Altenglisch. Publizistik und Pädagogik sind mit den selbst unstudierten „Professoren“ E i l d e r m a n n, B r u h n, M ü l l e r, E i c h l e r und W o l f besetzt, von denen sich Wolf wenigstens einen Ehrendoktor zugeschanzt hat.

Das Ziel: Sowjetisierung

Einen „Vorzug“ haben diese Leuchten der sowjetdeutschen Wissenschaft: Sie sind linientreu und befolgen widerspruchslos jede Anweisung zur weiteren Sowjetisierung des Hochschulwesens. Ihr Ziel ist es, mit der Zeit alle echten Lehrer und mit ihnen jede echte wissenschaftliche Ausbildung von den Hochschulen zu verdrängen.

Der Kampf zwischen den Professoren und den SED-Hochschullehrern ist ein Kampf um die Zukunft der Studenten. Die Professoren möchten ihnen den Weg offenhalten für ein gutes Wirken und Arbeiten im späteren freien Gesamtdeutschland. Die SED wünscht dagegen marxistisch gedrehten Spezialisten, die an den Osten gekettet sind, weil ihr Wissen im Wettbewerb in der freien Welt nicht ausreichen würde.

Noch steht die SED an den Hochschulen nur auf einem schwachen Fundament. Es gibt noch genügend Widerstandskräfte unter Studenten und Professoren: Studenten, die einfach lernen wollen und Professoren, die ausharren, um ihnen unter den nun einmal gegebenen Verhältnissen doch noch möglichst viel beizubringen. Ihre Zurückhaltung und Betonung der fachlichen Notwendigkeiten ist auch eine Waffe, sogar eine sehr wirksame. Bewußt angewandt verlangsamt sie das Parteitempo erheblich und bewahrt für den Tag einer Wiedervereinigung auch an den mitteldeutschen Hochschulen mehr Positives, als man bei oberflächlicher Betrachtung sieht.

... und wieder verfolgt

Die „Junge Gemeinde“ in der Sowjetzone

Genau ein Jahr ist es her, seit Otto Grotewohl der Kirche öffentlich versicherte, die Kirchenverfolgung durch den Staat werde eingestellt. Tausende, Zehntausende junger Menschen atmeten auf: Endlich würde der unerträgliche Gewissenszwang für sie aufhören. In wenigen Monaten hatten vor der haßerfüllten Verfolgung der SED allein aus Ostberlin und dem Kirchengebiet von Brandenburg zehntausend Jugendliche, Angehörige der evangelischen „Jungen Gemeinde“ nach dem Westen fliehen müssen. Die traurige Aufgabe, diese Jagd einzulernen, hatte man der FDJ übertragen.

Die Sowjetzonen-Regierung, die vor einem Jahr die Einstellung des Kirchenkampfes und der Verfolgung der „Jungen Gemeinde“ versprach, ist nun seit Monaten dabei, sich diesem Versprechen wieder zu entziehen. Nicht so öffentlich wie einst — aber Bischof Dibelius selbst hat dieser Tage feststellen müssen, daß die Junge Gemeinde wieder in Gefahr ist. Soll sich die FDJ noch einmal für die Verfolgung unschuldiger Mitschüler, Arbeitskameraden und Kommilitonen einsetzen? Will sie noch einmal mitwirken bei dem widerlichen Schauspiel eines Staates, der sich „deutsch“ und „demokratisch“ nennt — und dann junge Menschen um ihres Glaubens willen verfolgt? Die FDJ-Leitung hat schon die ersten antikirchlichen Broschüren drucken lassen.

Aber es geht Pankow nicht nur um die Junge Gemeinde. Am 10. März 1954 und am 5. April 1954 ist schon durch gesetzliche Bestimmung des sowjetzonalen Volksbildungsministeriums allen jungen Menschen der Kampf angesagt worden, die überhaupt an Gott glauben und sich nicht bedingungslos dem Marxismus-Leninismus unterwerfen. Die Lehrer seien „Funktionäre der Arbeiter- und Bauernmacht“ — also der SED — heißt es dort, und Lehrer wie Schüler müßten klar für den Materialismus Partei nehmen. Das bedeutet Glaubensverfolgung und Gewissenskonflikte für Tausende von Lehrern, Zehntausende von Schülern: Die materialistische Bekenntnisschule

ist geschaffen worden!

Und von allen Versprechen, auch christliche Schulen zuzulassen, wie z. B. eine evangelische Oberschule in Ostberlin, will Grotewohl nichts hören. Ebenso wie die einzige evangelische Jugendzeitschrift „Die Stafette“ — einst unter dem alten Kurs verboten — bis heute noch nicht wieder erscheinen darf.

Die Anzeichen eines neuen Kirchenkampfes im allgemeinen und gegen die christliche Jugend im besonderen sind zu deutlich, als daß man sie übersehen könnte. Sie reichen wie einst, als der Kirchenkampf begann, wieder bis zum Religionsunterricht, der durch Änderung der Stundenpläne, Nichtzulassung der Religionslehrer und ähn-

liche Schikanen so behindert wird, daß z. B. in Ostberlin nur 30 Prozent, in der Sowjetzone nur 40 Prozent aller Schulkin- der die gesetzlich zugesicherten zwei Religionsstunden pro Woche erhalten.

Alle diese Einzelheiten hat die Provinzialsynode von Berlin-Brandenburg dieser Tage auf ihrer 6. Tagung offiziell bekanntgegeben. Die SED-Zeitungen haben wohlweislich das meiste davon verschwiegen. Vielleicht deshalb, weil man seit dem 17. Juni 1953 weiß, daß auch die Jugend ihre echte Solidarität hat. Eine Solidarität, die sie vielleicht noch nötiger braucht als die übrige Bevölkerung, weil sie ja in das Heer der Volksarmisten von heute und der Übernorm-Aktivisten von morgen gepreßt werden soll, ganz gleich welchen Glaubens und welcher Herkunft der einzelne ist.

Zahlenakrobatik im Zentralrat

Falsche Mitgliedszahlen sollen Funktionärrapparat stützen

Wenige Wochen vor dem Deutschlandtreffen überraschte FDJ-Chef Honecker die FDJ-Mitglieder mit der Feststellung: „Über eine Viertelmillion neuer Mitglieder seit Anfang 1954 geboren!“ Tatsächlich sinkt die Mitgliederzahl seit dem vergangenen Sommer ständig. Jeder Instrukteur und Gruppenfunktionär weiß heute, daß gut 50 Prozent der in den Kreisleitungen geführten Mitglieder überhaupt nicht existieren!

Honeckers Viertelmillion „neue Mitglieder“ entstand folgendermaßen: Man addierte ganze Schulklassen, die zum Pfingsttreffen von ihren Schulleitern — oft ohne Wissen der Kinder — einfach als „neue Mitglieder“ gemeldet wurden. Rund 400 000 der im Zentralrat listenmäßig erfaßten „FDJler“ haben seit mehr als einem Jahr weder eine Versammlung besucht noch eine Beitragsmarke geklebt.

Für den Zentralrat ist diese Zahlenakrobatik lebensnotwendig. Eine Gruppe von einigen tausend hochbezahlten Funktionären empfängt monatlich Gehälter und Vergünstigungen aus der Kasse des SED-Zentralkomitees. Diese Gelder würden spärlicher fließen, käme die SED hinter den ganzen Betrug.

Erst vor wenigen Monaten drohte eine Korruptionsaffäre größten Ausmaßes den Zentralrat zu erschüttern. Mit dem Ausscheiden des Zentralrats-Abteilungsleiters Sudowa wurden Unterschlagungen und Privatgeschäfte der Sekretariatsmitglieder ans Tageslicht gezogen, die die Zentrale Parteikontrollkommission dann untersuchte. Dabei wurde festgestellt, daß sich sämtliche Sekretäre und die meisten Abteilungsleiter des ZR von Verbandsgeldern ganze Wohnungen bis zum Wert (bevorzugte Fabrikpreise!) von 60 000 Mark einrichten ließen. Eine Spende des bulgarischen Jugendverbandes im Werte von etwa 100 000 Mark, die für die FDJ-Sommerlager bestimmt war, wurde ausschließlich an die Spitzenfunktionäre des Zentralrats verteilt.

Der FDJ-Zentralrat ist innerhalb der gesamten FDJ die einzige straffe Organisation, zusammengehalten durch den gemeinsamen Betrug an den Mitgliedern. Diese Mitglieder aber sollen fleißig demonstrieren, damit die Funktionäre des Zentralrats „Erfolge“ vorweisen können, die von ihren Korruptionsaffären ablenken.

„Mord und Technik“

Die edlen Sportarten zum Wehrsport degradiert

Beim ersten Deutschlandtreffen 1950 agitierten die Veranstalter damit, daß nun angeblich auch die „edlen Sportarten“ wie Reiten, Fechten, Segeln, Segelfliegen usw. der schaffenden Jugend zugänglich seien. Wenige Jahre später entpuppte sich die „Gesellschaft für Sport und Technik (GST)“ als rein vormilitärische Organisation.

Gewiß konnten Jugendliche hier reiten, fechten, schießen, segeln und fliegen lernen. Aber vom Segeln ging es ungewöhnlich rasch über die Kutterausbildung zur „Seepolizei“, die Segelflieger wurden bald den sowjetischen Ausbildungseinheiten der ersten Vopo-Flugplätze zugeteilt. Die Reiter kamen zu der dem SSD unterstellten Grenzpolizei, und viele Kameraden, die aus Liebe am Sportschießen zur GST kamen, liegen jetzt in den Garnisonen der sowjetzonalen Infanterie.

Heute gibt es in der Sowjetzone kein einziges Segelflugzeug, das aus Liebe zum Segelflugsport benutzt werden darf. Die GST stellt ihren Betriebsgruppen kein Motorrad zur Verfügung, ohne die darauf Üben den nicht karteimäßig für die spätere Volkspolizei-Rekrutierung zu registrieren. Die älteren FDJler kennen diese Methode noch aus den Wehrtüchtigungslagern der Hitlerjugend.

Zu Beginn der GST hat es deshalb schwere Auseinandersetzungen mit diesen „Alten“ gegeben, die sich gegen die militärische Gleichschaltung aller edlen Sportarten wehrten. Jetzt ist die sowjetische GST nichts weiter als die sowjetische DOSAAF: eine Wehrtüchtigungsorganisation und Zubringertruppe für die Waffengattungen der Armee. Spätestens bei der Musterung durch die Truppenärzte der Kasernierten Volkspolizei merkt das GST-Mitglied, wie teuer man die Leihgebühr für die von der „Gesellschaft für Sport und Technik“ zur Verfügung gestellten „Sportgeräte“ bezahlen muß.

Bereits in diesem Jahr werden Tausende von GST-Angehörigen ihren Urlaub für ein vormilitärisches „Ausbildungslager“ opfern müssen. 1955 sollen 70 000 Mitglieder der „Gesellschaft für Sport und Technik“ in dreiwöchige Wehrtüchtigungslager gehen! Als 1953 die ersten Lager dieser Art in

Sachsen und Mecklenburg eingerichtet wurden, kamen weniger als 50 Prozent der Kursus Teilnehmer zurück: alle anderen wurden zur KVP überstellt!

Rücksichtslose Ausbildungs-

methoden gehören zum Wesen der „Gesellschaft für Sport und Technik“. Allein in der Segelflugausbildung hat die GST einige Dutzend Tote und Krüppel auf dem Gewissen. Schlechte Maschinen, möglichst rasche Durchschleusung möglichst vieler Schüler setzen die Mitglieder einer unverantwortlichen Gefährdung aus. Das Fallschirmspringen wird in der GST noch heute unter Bedingungen ausgeführt, die in jedem anderen europäischen Land verboten sind.

FDJler gingen am 17. Juni mit

1. Jahrestag soll durch Volksentscheid „totgeredet“ werden

Rund 30 000 FDJ-Mitglieder sind nach dem 17. Juni 1953 ausgeschossen worden. Ihnen allen warf der Zentralrat aktive Beteiligung am Volksaufstand vor. Tatsächlich haben in Ostberlin und vielen Städten der Zone FDJler an der Spitze der Demonstranten gestanden. In Halle stürmten sie die SSD-Zentrale, in Magdeburg verbrannten sie Rekrutierungslisten der im SED-Gebäude untergebrachten Vopo-Rekrutierungskommission und auf dem Kombinat Bitterfeld hießen FDJ-Mitglieder als erste die schwarzrotgoldene Fahne der deutschen Republik.

Ein großer Teil der in den SSD-Gefängnissen und -Zuchthäusern der Zone festgehaltenen Juni-Demonstranten sind Jungen und Mädchen der FDJ. Trotzdem hat ihr Leidensweg einen Sinn: Niemand konnte nach dem 17. Juni behaupten, daß die Jugend der Zone zu Jungkommunisten geworden ist. Jugendliche waren es auch, die noch Monate danach der SED die unangenehmsten Diskussionen aufgezwungen haben; der Kampf um die Auslegung des 17. Juni wütete am längsten in der FDJ!

Beendet wurde er tatsächlich nie: Die Juni-Demonstranten wurden wohl als „faschistische Verbrecher“ oder, wenn es gut ging, als „irregeleitete Elemente“ diffamiert, wer nicht verhaftet werden wollte, mußte dazu schweigen. Aber die Tage des Volksaufstandes ließen sich vor allem in der FDJ nicht mehr vergessen machen.

Nie werden die Ostberliner FDJler vergessen, wie der von Sowjetpanzern flankierte EMW-Geleitzug mit den höchsten Funktionären der SED und der Pankower „Regierung“ Karlshorst in Richtung Norden verließ. Honecker und die meisten

der Zentralratsmitglieder bangten damals in Rostock unter dem Schutz der Seepolizei.

Den kommenden Jahrestag des 17. Juni will die SED-Regierung mit einem demagogischen „Volksentscheid“ propagandistisch totreden. Es wird ihr jedoch kaum gelingen zu verhindern, daß sich überall Jugendliche zusammmentun, um über diesen Tag und seine politischen Folgen zu diskutieren. Selbst jene FDJler, die in der unsozialen und deutschen Politik der SED eine Form des Sozialismus zu sehen glauben, müssen angesichts dieses Tages daran denken, wie ein ganzes Volk ohne besonderen Appell gegen seine Machthaber aufgestanden ist.

Am 17. Juni 1953 warfen junge Volkspolizisten ihre Gewehre fort und erklärten: „Wir schießen nicht auf unsere Landsleute, nur weil die SED nicht abtreten will!“ Diese damals bewiesene Gesinnung ist etwas, was auch nach diesem FDJ-Treffen zu der Hoffnung berechtigt, daß sich die Jugend Mitteldeutschlands niemals den kommunistischen Funktionären auf einen für Deutschland verhängnisvollen Weg führen läßt!

Mit dem eigenen „Hotel“ unterwegs

Camping-Ferien für alle — Der neue Urlaubssport im Westen

„Ferienlager“ und „FDGB-Ferendienst“ heißt die Sommer-Parole in der Sowjetzone für alle, die überhaupt reisen dürfen. Und das bedeutet: Reisen unter Aufsicht und Befehl zu Zielen, die man sich oft nicht einmal selbst aussuchen kann. — In der Bundesrepublik, in Frankreich, in Italien, in England, Amerika, Holland, Belgien beherrscht das Wort „Camping“ alle Ferienpläne. Das bedeutet: Reisen, wohin man will, heute hierhin, morgen dorthin. Mit Fahrrad, Motorroller, Motorrad oder Auto. Und mit allem Komfort.

„Camping“ wurde so plötzlich Mode, wie es den Menschen von heute auf morgen besser ging, wie sie nach Krieg und Währungsreform wieder zu reisen begannen, die Grenzen ins Ausland sich öffneten, die Fabriken wieder „fahrbare Untersätze“ zu Hunderttausenden auf den Markt brachten, der Arbeiter wieder ein Motorrad kaufen konnte, der Facharbeiter und der Angestellte wieder ein Auto.

„Camping“ ist eine faszinierende Mischung aus Romantik, Komfort und sportlicher Freude. Das „eigene Hotel“, das Zelt, das man mit sich führt, kann immer neu ergänzt werden. Eine eigene „Camping“-Industrie ist entstanden, die Wunderwerke an Zeltanlagen herstellt: Tisch und vier Stühle in einem winzigen Koffer, Luftmatratzen, die mit einem Griff zu Klubsesseln werden, ganze Kücheneinrichtungen mit allem Geschirr in einem Koffer. Das sind Dinge, die sich jeder Arbeiter kaufen kann. Man kann es aber auch ganz luxuriös machen, mit Küchenanhänger oder Wohnwagen mit allem Komfort.

Die Camping-Gemeinde

An dem Ausmaß dieser Industrie, die sich Jahr um Jahr vergrößert (1953 produzierte sie schon Waren im Wert von 200 Millionen DM), erkennt man: „Camping“ ist keine Angelegenheit bestimmter Einkommensstufen, von Klasse oder von Rang. Es ist gesellschaftliche Gleichheit schlechthin. Denn auf dem Camping-Platz bilden sie alle, die da für kürzere oder längere Zeit ihr Zelt aufschlagen, eine große Gemeinde, zu dem der Motorradfahrer mit der 250-Mark-Ausrüstung ebenso gehört wie der Mann im Cadillac mit 10 000-Mark-Wohnwagenanhänger.

„Camping“ ist ja auch nicht „Zelten“ schlechthin. Es ist eine internationale Bewegung geworden, die ihren Mitgliedern alle Erleichterungen bietet. In den einzelnen Ländern entstanden die Camping-Klubs. In Deutschland ist der „Deutsche Camping Club (DCC)“, München, mit seinen ihm angeschlossenen vielen örtlichen Klubs um das Wohl seiner zahlreichen Mitglieder besorgt. Für Auslandsreisen besorgen die Camping-Klubs von der Hilfe bei Ausarbeitung der Reiserouten bis zur Ausstellung der Grenzzollpapiere und Devisenkreditbriefe alles, was der Tourist braucht. Alle Klubs sind Mitglied internationaler Verbände.

Auch die „Camping-Plätze“ sind längst keine primitiven Zeltplätze mehr. Man kann — ganz nach Geschmack — zwischen dem selbstverständlichen Komfort von Wasseranschlüssen, festen Kochstellen und Toilettenanlagen, der auf jedem Camping-Platz zu finden ist, und dem „Platz mit allen Schikanen“ wählen, der Waschanlagen, Duschseinrichtungen, Fahrradaufbewahrung, Milchbar, Telefon, Kochpavillon mit Münzgaskochern, elektrischen Anschluß für den elektrischen Rasierapparat und Einkaufsmöglichkeiten enthält. Die Benutzung eines solchen Platzes kostet pro Tag 50 Pfennig, mit Auto eine Mark.

Der Camping-Platz von Lindau am Bodensee, einer der schönsten in Deutschland, wurde 1953 bereits von 45 744 Campern belegt bei insgesamt 134 809 Übernachtungen. 265 Zeltler kamen aus Holland, 254 aus Frankreich, 150 aus der Schweiz, 139 aus Dänemark, 78 aus England, 24 aus den USA und sogar je zwei aus Polen und der Tschechoslowakei. Einen Musterplatz

hat auch München. Er zählte allein vom 30. Juni bis 11. Oktober über 22 800 Zeltwanderer.

Wie sehr das Camping die Jugend erfaßt hat, zeigt sich daran, daß fast ein Viertel der Benutzer Jugendliche waren. Und daß die Camping-Bewegung durchaus keine Angelegenheit der „reichen Leute“ ist, zeigt die Tatsache, daß gut vier Fünftel aller Camper in den Hauptreisemonaten Juli und August Arbeitnehmer waren: 25 Prozent Arbeiter, 31 Prozent Angestellte und Beamte, 26 Prozent Studenten, Lehrlinge usw. Nur 18 Prozent waren Selbständige. Im Juni hatten die Selbständigen einen Anteil von 35 Prozent.

Die Camping-Klubs selbst haben viele Zeltplätze eingerichtet. Inzwischen haben aber auch die Verwaltungen vieler Städte die neuen Möglichkeiten des Camping erkannt. München z. B. hat 90 000 DM für seinen Camping-Platz ausgegeben. Der deutsche Camping-Führer verzeichnete 1953 über 200 Plätze, davon über 40 in Bayern und etwa 20 an der Ostsee. Inzwischen hat sich ihre Zahl um rund 150 erhöht. In Frankreich gibt es schon 5000 Plätze.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.